

Haushalt 2024:

Haushaltrede der Freiburger SPD Fraktion zur Haushaltsverabschiedung am 19.12.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung, liebe Gemeinderatskollegen, liebe Zuschauer

Auch der Haushaltsplan 2024 muss unter den Zeichen der Sparmaßnahmen beschlossen werden. Auch dieser Haushalt ist wieder geprägt von dem vom gesamten Gemeinderat geschürften Sparpaket im Rahmen der Haushaltskonsolidierung. Wir tragen die Vereinbarungen weiterhin mit.

Im Ergebnishaushalt wird für 2024 mit einer negativen Zuführung von -1.587.200 € geplant. Wir planen also gegenüber 2023 mit einem besseren Ergebnis in Höhe von ca. 550.000 €. Eine Binsenweisheit wir müssen sowohl den aktuellen Haushalt als auch die mittelfristigen und langfristigen Aufgaben im Blick behalten.

Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation sind in den vergangenen Jahren auch Maßnahmen notwendig geworden, die alle Bewohner Freibergs belasten, so z. B. die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes, auch die Erhöhung des Kindergartenbeitrages. Wir wollen diese Erhöhungen fortlaufend auf ihre Notwendigkeit überprüfen.

Die prognostizierten Haushaltsverschlechterungen sind in diesem Maße bis dato nicht so eingetreten. Freibergs Gründungsbestand ist nun nach 50 Jahren am Ende der wirtschaftlichen Nutzung angekommen. So muss eine tiefgreifende Renovierungs- bzw. Neubauintiative in den nächsten Jahren angegangen werden und der dafür notwendige Mitteleinsatz wird eine große Belastung für Freiberg werden. Daher ist eine Reduzierung der Hebesätze unseres Erachtens noch nicht möglich.

Wir haben daher auch keine Anträge zum Haushalt gestellt.

Die im vergangenen Jahr nochmals erhöhten Kindergartengebühren sind leider noch Bestandteil unseres Sparpaketes. Die von der SPD-Fraktion geforderte Berücksichtigung einer sozialen Komponente, wurde im vergangenen Jahr vereinbart. Dies geht uns noch nicht weit genug. Besser und ehrlicher wäre es gewesen, wenn die soziale Staffelung nach unten dargestellt worden wäre – also einkommensschwache Familien auf Nachweis weniger bezahlt hätten. Wir haben diese Regelung aber im Gesamtpaket mitgetragen. Den nun durch die ULF-Fraktion gestellten Antrag, die Kindergartengebühren entsprechend dem Einkommen zu staffeln, begrüßen wir. Wir unterstützen die Diskussion darüber.

Die seit der Erhöhung der Kindergartengebühren in Gang gekommene Diskussion mit den Eltern begrüßen wir ebenfalls. Dies führt unseres Erachtens zu einer besseren Informationspolitik.

Wichtig ist uns dabei aber auch, dass insbesondere planbare Personalwechsel frühzeitig angegangen und die Stellen sehr breit auch in den sozialen Medien und Internetplattformen ausgeschrieben werden. Das erwarten wir insbesondere bei herausgehobenen Stellen bspw. von Kindergartenleitungen. Wir würden wir uns einen deutlich längeren Vorlauf wünschen, sowohl für die Einrichtungen als auch für potentielle Bewerber*innen.

Endlich geht die Ertüchtigung der Grundschulen voran. Das gewählte Verfahren für den Bau der Kasteneckschule mit Sporthalle wurde auch unter dem Aspekt der schnelleren Umsetzung ausgewählt. Dass durch das Verfahren eine Verschlechterung der Architektur und der Nutzbarkeit entstehen könnte, ist bis dato nicht erkennbar und wir sind gespannt, wie die Kasteneckschule mit der neuen Sporthalle aussehen wird.

Auch bei dieser Entwicklung möchten wir die eigene Klimabilanz verbessern. Wir müssen uns den klimatologischen Herausforderungen stellen und durch sinnvolle Maßnahmen die ökologische und ökonomische Belastung der Kommune optimieren und die CO² Belastung reduzieren.

Freibergs Beitrag zur Reduktion des Ausstoßes der klimafeindlichen Treibhausgase hat mit der Erweiterung der kommunalen Nahwärmerversorgung nun einen ersten Schritt getan. Jetzt wäre die Chance da, flächendeckend Haushalte mit umweltfreundlicher Nahwärme zu versorgen. Zur Klimaneutralität und zur Energieunabhängigkeit ist es auch in Freiberg noch ein weiter Weg. Dies muss auch von der Freiburger Bevölkerung maßgeblich mitgestaltet werden. Viele weitere Etappen auf dem Weg zu einer Klimaneutralität sind zu gehen. So sollte in diesem Jahr wieder ein kostenloses Angebot von Wärmebildaufnahmen für Wohngebäude eingerichtet werden.

Die Umsetzung der Potentiale z.B. für Fotovoltaik bleibt allerdings in Freiberg noch hinter den Möglichkeiten. Unser Antrag zur Vergabe öffentlicher Dächer für den Betrieb von Solaranlagen an private Bürgerinitiativen wurde vom Rat abgelehnt, weil die Verwaltung mit dem Versorgungsbetrieb das Thema selber in die Hand nehmen wollte. Seit unserem Antrag ist kein einziges Dach der Bestandsgebäude, **außer der neuen OPS**, mit Fotovoltaik aus dem städtischen Versorgungsbetrieb ausgestattet worden. Z.B. steht das Dach der Bahnhofüberdachung seit einiger Zeit vakant. Hier muss unseres Erachtens mit mehr Geschwindigkeit umgesetzt werden. An der Wirtschaftlichkeit und an der Machbarkeit kann es nicht liegen. Da wünschen wir uns vom unserem Klimamanager und der Verwaltung eine aktivere Rolle, die Verwaltungsspitze fordern wir auf, hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Auch bei der weiteren Ausgestaltung unseres Zentrums müssen wir die Klimabilanz im Auge zu behalten. Inzwischen hat der Gemeinderat im Rahmen des städtebaulichen Wettbewerbes auf Anregung der SPD-Fraktion Alternativen zu einem Rathausabriss entwickeln lassen. Wir haben entschieden das Rathaus stehen zu lassen und Konzepte alternativer Nutzungen zu entwickeln.

Die Verkehrsführung wird im neuen Zentrum spannende Fragestellungen aufwerfen. Dazu müssen Angebote geschaffen werden. Dies gilt insbesondere für Carsharing. Hierzu hat der Gemeinderat auf Anregung der SPD-Fraktion erste kleine Schritte unternommen. Es wird ein Platz ausgewiesen werden und ein Car Sharing Fahrzeug zur Verfügung stehen.

Ebenso wird auch das Fahrrad und damit auch die Fahrradzone immer wieder im Rat behandelt werden. Solange die Wasenstraße von Beihingen bzw. die Wernerstraße von Geisingen als Durchgangsstrecke benutzt werden darf, wird sich für den Fahrradverkehr und die Anlieger Nichts Grundsätzliches ändern. Eine spürbare Erhöhung der Verkehrssicherheit würde nur durch Sperrung möglich sein. Leider eine Wahrheit, die nicht jeder hören will und die Verwaltung musste viel einstecken, als die Zeit der Sperrung zum Test durchgeführt wurde. Wir halten nach wie vor die Sperrung für die einzige wirksame Maßnahme die Verkehrssituation am Wasen spürbar sicherer und lärmfreier zu bekommen. Wir sind auf den neuen Rat gespannt, wie dieser mit dem Thema umgehen wird.

Die Schließung der Kelter für kulturelle Veranstaltungen in der Winterzeit hat uns sehr betroffen gemacht. Wir können diese zwar zum Teil nachvollziehbar, möchten aber Lösungsmöglichkeiten für den Kultur- und Festbetrieb in Freiberg unterstützen. Die aktuelle Lösung, zumindest an mehreren Wochenenden mit mehreren Veranstaltungen die Kelter zu öffnen tragen wir mit. Auch die Möglichkeit eine andere Heizungsart zu prüfen, ist uns wichtig. Die derzeitige eingeschränkte Nutzung sollte nur kurz aufrecht erhalten bleiben und mit schnell umsetzbaren Maßnahmen sollte eine Verbesserung des Energieverbrauches umgesetzt werden.

Weiter ist es wichtig Wohnraum zu schaffen. Dies kann durch ein Neubaugebiet erfolgen. Wir möchten dies als SPD-Fraktion unterstützen, aber dabei nicht aus dem Auge verlieren, ob und wie klimapolitische Auswirkungen die Planungen belasten. Deshalb sind wir auch nach wie vor der Meinung, dass es notwendig ist, einen verlässlichen Überblick über den Leerstand von Wohnungen zu haben. Denn Wohnraum, der schon besteht, muss nicht mehr neu geschaffen werden und sollte auch zur Nutzung zu Verfügung stehen. Gleiches gilt für ungenutzte, voll erschlossene und sofort bebaubare Grundstücke. Hier hilft uns sicher ab 2025 die Möglichkeit, eine Grundsteuer C, für genau diese Grundstücke, einzuführen. Bis dahin sollten wir auf die Eigentümer dieser Grundstücke zugehen, um diese zur Bebauung oder zum Verkauf, gerne auch an die Stadt, zu bewegen.

Die Organisationsuntersuchung der Freiburger Stadtverwaltung, die vom Gemeinderat beauftragt wurde, liegt inzwischen vor. Die Maßnahmen aus dem Gutachten sollten nun umgesetzt werden. Für den neuen Haushalt haben wir in der Sitzung am 30.11.23 18 Stellenpositionen, teilweise neue Stellen, teilweise Erhöhung von Stellenumfängen, zugestimmt. Die Notwendigkeit wurde plausibel dargestellt. Unplausibel ist für uns noch, dass ca. 20 Vollzeitstellen nicht ausgeschöpft sind. Das Versprechen der Verwaltung hier einen anteiligen oder vollständigen Kompensationsvorschlag zu machen, erwarten wir kurzfristig. Wir sind mit der Zustimmung in Vorleistung gegangen.

Das Zusammenleben in Freiberg wird für viele durch den Zustrom von Geflüchteten als problematisch angesehen. Die Äußerungen zu diesem Thema sind zuweilen nicht mehr menschlich. Wir wünschen uns hier verbale Abrüstung und Besinnung auf unsere christlich abendländische Kultur der Barmherzigkeit. Demografisch brauchen wir Zuwanderung, besonders auch von fachlich kompetenten Menschen. Aber Krieg und Verfolgung in vielen Teilen der Welt zwingt die Menschen ihre Heimat zu verlassen. Wir sollten sie in Freiberg weiter offen und herzlich empfangen und mit Kraft ihre Integration ermöglichen und auch einfordern.

Dass wir die alte OPS für die Unterkunft der Geflüchteten haben, ist eine gute Möglichkeit Unterbringung zu schaffen. Im Vorfeld hat die Verwaltung durch planerische Maßnahmen die Entschärfung von möglichen sozialen Konflikten eingeplant.

Die frühkindliche Spracherziehung ist die beste Möglichkeit von klein auf die Integration umzusetzen. Nicht nur ausländische sondern auch immer mehr Kinder aus deutschen Familien haben Sprachschwierigkeiten mit unserer Muttersprache. Hier gilt es die Sprachförderung im Kindergarten und in der Grundschule weiter auszubauen. Hier hoffen wir auch auf Unterstützung vom Kreis, Land und Bund. Hier dürfen die Kommunen nicht allein gelassen werden.

Für die Aufstellung des Haushaltsplans danken wir der Verwaltung, insbesondere dem Team um Frau Horvath, mahnen aber gleichzeitig und weiterhin die Vorlage der noch ausstehenden Jahresabschlüsse an.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2024 als Gesamtwerk, mit den beschriebenen Sparmaßnahmen, zustimmen.